



Adivasi-Rundbrief 68

- Solidarität mit Indiens Ureinwohnern -

Hg.: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V.

Jugendheimstr.10, 34132 Kassel

Juli 2019

Nr. 68/1: „40 Prozent der Opfer von Zwangsumsiedlungen sind Adivasi“: „Displacement Studies“: Seit rund 30 Jahren erfasst Walter Fernandes Zwangsumsiedlungen systematisch

Der Sozialwissenschaftler und Jesuit Walter Fernandes forscht seit mehr als vier Jahrzehnten schwerpunktmäßig unter anderem zur Situation der Adivasi. Als sein Lebenswerk kann man seine Studien zu Zwangsumsiedlungen in Indien („displacement“) bezeichnen. Seit den 1990er Jahren hat er systematisch, Bundesstaat für Bundesstaat, dokumentiert, wie viele Menschen und welche Bevölkerungsgruppen von Zwangsumsiedlungen betroffen waren und bis heute sind. Das Forschungsprojekt ist noch nicht abgeschlossen. Einen Überblick über seine Aktivitäten gab Walter Fernandes im Februar 2019 in der Zeitschrift „Jivan“. Wir dokumentieren seine Ausführungen in Auszügen:

„[...] In einem Entwurf zur Entschädigungspolitik (rehabilitation policy) von 1994 bekundete die Indische Regierung, daß künftig mehr Land – insbesondere in den Gebieten mit Stammesbevölkerung – benötigt würde, um indische und ausländische Privatinvestitionen zu fördern. Damals starteten wir die Pilotstudie in Orissa [...]. Es folgten Studien zu Andhra Pradesh, Jharkhand und Goa. Die Studien deckten den Zeitraum von 1951 bis 1995 ab. Das Indian Social Institute (ISI) in Bangalore und das Loyola College of Social Sciences in Trivandrum kooperierten, um eine Studie zu Kerala (1951-95) zu erstellen. Das „Centre for Culture and Development“ übernahm die Aufgabe für Gujarat für 1947-2004. Das „North Eastern Social Research Centre“ trug seinen Teil bei für Westbengalen, Assam und weitere Bundesstaaten in Nordostindien für den Zeitraum 1947-2000.

Die Herausforderungen waren gewaltig. Da dieser Typ Studie vorher noch nie durchgeführt worden war, mußte zunächst eine Methodologie für die Feldstudien entwickelt werden: Wie sollte die (enteignete) Fläche Land gemessen, wie die Zahl und Charakteristik der zwangsenteigneten Menschen erfasst werden? [...] Insgesamt sind sieben Studien veröffentlicht worden, drei davon sind bis zum Jahr 2010 aktualisiert worden. Die Studien für Andhra Pradesh-Telangana, Goa und die nordostindischen Bundesstaaten sollen 2019 herauskommen. Die Studien zu Jharkhand und Orissa mußten auf halbem Wege mangels Finanzmitteln eingestellt werden. Forschungsteams stehen bereit in Karnataka, Tamil Nadu, Maharashtra, Rajasthan, Bihar und Chhattisgarh [...] Man hofft, daß Jesuiten-Hochschulen in Kooperation sich als Träger für diese Studien bereit erklären.

UPROOTED FOR WHOSE BENEFIT?

Development-Induced Displacement in Assam
1947-2000

Walter Fernandes
Gita Bharali



Durch diese Studien sind wir bezogen auf den Zeitraum 1947-2010 zu folgenden Zahlen gekommen: Geschätzt 70-75 Millionen Menschen wurden zwangsumgesiedelt oder ohne Zwangsumsiedlung ihres Lebensunterhaltes beraubt. Ungefähr 40 Prozent von ihnen sind Stammesangehörige. Deren Bevölkerungsanteil in Indien liegt bei 8,6 Prozent. 20 Prozent sind Dalits und weitere 20 Prozent zählen zu den „other backward castes“ (OBCs) wie etwa Fischer*innen und Steinbrucharbeiter*innen. Nur rund 17 Prozent der Zwangsumgesiedelten haben teilweise Land als Entschädigung erhalten. Die meisten anderen sind verarmt. Ackerbauern und -Bäuerinnen sind zu Tagelöhnern gemacht worden. Eine große Zahl von Adivasi- und Dalit-Zwangsumgesiedelten [...] gerieten in die Schuldknechtschaft (bonded labour). Die Tatsache, daß 80 Prozent von ihnen [in der Gesellschaft] ohne Stimme sind, mag erklären, daß Indien bis 2004 nicht einmal den Anschein einer Entschädigungs-Politik vorweisen konnte – mehr als fünf Jahrzehnte nach dem Start der Fünfjahrespläne, wodurch Millionen von Menschen ihr angestammtes Land verloren haben. Um die Studien in die Politik zu bringen, war eine Partnerschaft mit Forscher*innen, Rechtsexpert*innen und Graswurzel-Aktivist*innen erforderlich. Sofern möglich, wurden Jesuiten-Hochschulen als Partner angefragt. In den meisten Bundesstaaten kooperierten jedoch andere Organisationen. In Orissa übersetzte ein Partner eine 25seitige Zusammenfassung ins Oriya und verkaufte 5.000 Exemplare der Studie zu einem äußerst geringen Preis innerhalb von sechs Monaten. Jede Gruppe, die gegen Zwangsenteignungen kämpfte, hatte Exemplare der Studie zur Hand. Dies half ihnen, den lokalen Kampf mit den Bemühungen auf Bundesstaats-Ebene zu verknüpfen. Zeitungsartikel ergänzten die Bestrebungen. In Assam war es die Kombination einer Pressekonferenz mit einer Zusammenfassung auf Assamesisch, welche half, Studierenden- sowie Bauern- und Bäuerinnen-Vereinigungen zu erreichen. Ähnlich ging man in Andhra Pradesh vor. Sehr wenige Kämpfe beendeten die Zwangsenteignungen, aber viele zwangen die Behörden, die Zwangsumgesiedelten zu entschädigen oder denjenigen, welche den Lebensunterhalt verloren hatten, eine Kompensation auszu zahlen.[...]

Walter Fernandes, *Displacement Studies and Social Research in: Jivan, News and Views of Jesuits in India, February 2019*

Nr. 68/2: „Im Namen von ‚Entwicklung‘ nimmt der indische Staat Ressourcen von armen Menschen und übergibt diese den Reichen“ - Interview mit Gladson Dungdung, Publizist und Graswurzelaktivist

rediffmail.com: Denken Sie nicht, daß auch Adivasis „Entwicklung“ benötigen?

Gladson Dungdung: [...] Was bedeutet „Entwicklung“ heute: Die Übernahme von Land, Wasser und Wald von den Adivasi und die Übergabe an die Großunternehmen. Ich bin mit dieser Definition von „Entwicklung“ nicht einverstanden. Im Namen von Entwicklung verlieren wir [Adivasi] alles. Das geschieht für gerade 1 Prozent der Bevölkerung. Nur 1 Prozent der Bevölkerung ist im Besitz von 99 Prozent der Ressourcen dieses Landes. Ist das Entwicklung? Die indische Verfassung garantiert wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit für jeden. Wann wird die Gleichberechtigung kommen? Die Regierungspolitik führt zu mehr und mehr wirtschaftlicher Ungleichheit. Der Gewinn, den Bergbauunternehmen machen, geht nicht an die Menschen zurück, sondern geht an die Jindals [Großunternehmen u.a. auf den Sektoren Stahl und Bergbau in Besitz der Familie Jindal] und andere Industrielle. Nehmen wir Jharkhand als Beispiel: Jedes Jahr betragen die Einnahmen allein aus dem Bergbau 150 Mrd. Rupien [etwa 1,9 Mrd. Euro]. Das entspricht in etwa dem Jahres-Haushalt des Bundesstaates Jharkhand. [...] Dabei leben 46 Prozent der Bevölkerung Jharkhands unter der Armutsgrenze. [...]

rediffmail.com: Ein Vorwurf Ihnen gegenüber lautet, daß Sie ins Ausland gehen und dort Indiens Entwicklungs-Bemühungen in Mißkredit bringen...

Gladson Dungdung: Im Namen von „Entwicklung“ nimmt der indische Staat Ressourcen von armen Menschen und übergibt diese den Reichen. [...] Die Menschen unter der Armutsgrenze bekümmern die Regierenden nicht. Die Regierungsschulen sind zu Zentren geworden, in denen Khichri [ein Gericht aus Reis, Linsen und Gemüse] verteilt wird. Nur Adivasi- und Dalit-Schüler lernen dort. Die Reichen schicken ihre

Kinder auf Privatschulen [weil dort im Vergleich zu Regierungsschulen in der Regel qualitativ bessere Bildung angeboten wird]. Wie wird unter derartigen Bedingungen Gleichberechtigung je erreicht werden? Der Staat arbeitet gegen die Verfassung. Die herrschenden Eliten wollen das nicht zur Kenntnis nehmen, sie müssen das aber zur Kenntnis nehmen. [...]

rediffmail.com: Was ist der Unterschied zwischen einer von der Kongresspartei geführten Regierung und der Regierung unter Narendra Modi? Unter beiden Regierungen wurde Ihnen eine Reise ins Ausland verwehrt.

Gladson Dungdung: Ich sehe keine großen Unterschiede. Die Wirtschaftspolitik ist dieselbe. Die Modi-Regierung verfolgt auf eine aggressive Art und Weise Hindutva [Indien wird als Hindu-Nation gesehen – die religiösen Minderheiten sind ausgeschlossen], während die Kongresspartei mit einer Softversion von Hindutva spielte. Ein Unterschied besteht darin, daß man während der Kongress-geführten Regierung mit den Herrschenden sprechen konnte, daß man am selben Tisch sitzen konnte. Unter Modi ist dieser Freiraum verschwunden. Man kann mit der Modi-Regierung nicht diskutieren und argumentieren. Sie sind nicht bereit, zuzuhören. Unser Premierminister [Modi] spricht zu den Menschen gern übers Radio, aber er mag nicht mit einer Pressekonferenz konfrontiert werden [Narendra Modi hat im Mai 2019 seine erste Pressekonferenz in fünf Jahren Regierungszeit abgehalten; in dieser wurden die Fragen allerdings nicht von Modi selbst, sondern von BJP-Präsident Amit Shah beantwortet]. Wenn der Premierminister nicht bereit ist, sich den Medien zu stellen, wie kann man dann erwarten, daß er für die Kritik der einfachen Menschen offen ist?

Die Website *rediff.com* (ein indisches Nachrichtenportal) führte das Interview im Jahr 2016 durch. Seit 2019 ist es auch zugänglich über die Website <https://adivasihunkar.com>. Auf dieser Website – eine der wenigen authentischen indigenen Stimmen Südasiens im Web – finden sich zahlreiche Artikel und Interviews von Gladson Dungdung in englischer Sprache. Folgende Bücher hat Dungdung veröffentlicht: „Mission Saranda. A War for Natural Resources in India“ (siehe Adivasi-Rundbrief 55) – „Whose country is it anyway? Untold Stories of the Indigenous Peoples of India“ (siehe Adivasi-Rundbrief 52).



Gladson Dungdung (2013). Foto: Adivasi-Koordination

Nr. 68/3: „Wir Adivasis sind die Quelle, aus der sich Mut und Tapferkeit schöpfen lässt“: Gespräch mit Frau Soni Sori über die aktuelle Situation in Bastar/Chhattisgarh

Soni Sori ist eine Menschenrechtsaktivistin und eine laute Stimme der Adivasis. Sie ist selbst Adivasi und lebt und arbeitet in Bastar, einem hochmilitarisierten Gebiet im Süden des Bundesstaates Chhattisgarh, in dem die Regierung den Abbau von Bodenschätzen vorantreibt.

GroundXero: Seit Ende letzten Jahres stellt die Kongresspartei die Regierung in Chhattisgarh. Hat dies die Situation für die Adivasis in Bastar grundlegend verändert?

Soni Sori: Diese Frage wird mir oft gestellt. Es stimmt, dass die neue Regierung das Land, das für das Unternehmen Tata enteignet worden war, an Adivasis zurückgab. Tatsächlich hatte die bäuerliche Gemeinschaft in dem Gebiet jedoch lange und hart dafür gekämpft. Man hatte sie verprügelt, ins Gefängnis gesteckt. Sie musste ihre Ansprüche bis hoch zum Obersten Gericht geltend machen. Das Gericht hatte bereits die BJP-geführte Regierung angewiesen, das Land zurückzugeben. Im Grunde genommen setzte die Kongress-Regierung eine Anordnung des Gerichts um. Von der neuen Regierung fordern wir, dass sie die Adivasis in Bastar freilässt, die seit bis zu zehn Jahren unschuldig im Gefängnis sitzen. Obwohl sie dies vor den Wahlen versprochen hatte, wurde bis-

her kein Ausschuss einberufen, um diese Sache voranzutreiben. Seit die Kongresspartei die Regierung stellt, kam es in Bastar zu sogenannten Zusammenstößen, bei denen unschuldige Adivasis von Sicherheitskräften misshandelt und getötet wurden. Wir wissen, dass auf Frauen geschossen wird. Wir wissen, dass Adivasis monatelang in Lagern und Polizeistationen festgehalten werden – ohne rechtliche Grundlage. Die Gefängnisse in Bastar sind völlig überfüllt.

Sie sprachen von der Einberufung eines Komitees zu Häftlingen. Werden Sie und Ihre Leute darin vertreten sein?

Bisher ist die Regierung diesbezüglich nicht an uns herangetreten. Sollte sie es tun, werden wir uns auf jeden Fall beteiligen. Wir wissen, wie Adivasis als Naxalit*innen gebrandmarkt und inhaftiert werden. Wir wollen erreichen, dass diejenigen, die unschuldig sind, freigelassen werden.

Unter der BJP-Regierung wurde Ihre persönliche Bewegungsfreiheit beschnitten. Wie sieht es unter der neuen Regierung aus?

In dieser Hinsicht unterscheiden sich die Kongresspartei und die BJP nur wenig. Es gibt nur einen wichtigen Unterschied. Zu Zeiten der BJP war es für mich fast unmöglich, direkt mit Ministern zu sprechen. Die jetzt amtierenden Minister sind zugänglicher. Ich kann mich an sie wenden und sie fragen: Warum wird mein Fahrzeug aufgehalten? Was ist der Unterschied zwischen der unter Ihrer Aufsicht stehenden Verwaltung im Vergleich zur vorherigen? Aber noch immer kann ich bestimmte Gebiete in Bastar nicht besuchen, weil mein Fahrzeug aufgehalten wird.

Das oberste Gericht hat im Februar 2019 ein Urteil im Kontext der Waldgesetzgebung gefällt. Was bedeutet dies für Bastar?

Wir sind nicht bereit, *jal, jangal aur zameen* (Wasser, Wald und Land) aufzugeben. Während eines Protestmarschs, an dem sich fünf- bis sechstausend Frauen beteiligten, erklärten wir, wir seien eher bereit zu sterben als unser Wasser, unseren Wald und unser Land aufzugeben. Man hatte behauptet, das sei zum (Arten-) Schutz der Tiere notwendig. Das ist Unsinn! Wir Adivasis leben inmitten der Tiere, in Harmonie. Wir haben erkannt, dass die Regierung bewusst versucht, die Öffentlichkeit mit dieser Behauptung in die Irre zu führen. Sie

versucht, uns aus den Wäldern zu vertreiben. Man hatte es zuvor mit Gewalt probiert. Man hatte uns als Naxalit*innen gebrandmarkt und unsere Häuser niedergebrannt. Aber man wurde uns nicht los. Jetzt versucht man es mit Hilfe der Waldgesetzgebung. Hunderttausende Adivasis aus der Region wurden bereits in benachbarte Bundesstaaten vertrieben. Jetzt soll das Gebiet völlig menschenleer werden. Die Regierung und die Unternehmen behaupten, wir Adivasis seien gegen „Entwicklung.“ Wir fragen: Was verstehen Sie unter Entwicklung? Warum sollten Adivasis Entwicklung ablehnen? Wir verweisen auf unsere *gram sabhas* (Dorfversammlungen). Das sind die Gremien, in denen wir über Fragen der Entwicklung entscheiden. Wir lehnen die Art von „Entwicklung“ ab, die uns Unternehmen wie Essar, Tata und Ambani aufstülpen möchten. Wir werden nicht aufgeben, das Wasser, den Wald, das Land und unsere Götter davor zu schützen. Zudem ist eines wichtig: Wir kämpfen nicht nur für die Adivasis. Ohne Adivasis gibt es keine Hoffnung auf den Schutz der Natur, der Ressourcen, der Menschheit. Man mag uns als Analphabet*innen ansehen. Aber im Kampf um Gerechtigkeit sind wir wichtig. Wir Adivasis sind die Quelle, aus der sich Mut und Tapferkeit schöpfen lässt.

Von Line Fleig gekürzte und redaktionell bearbeitete Version des von GroundXero (<https://www.groundxero.in/>) geführten und veröffentlichten Gesprächs: „An Interview with Soni Sori: National Politics and ‘Change’ in Bastar“ (25. März 2019)

Adivasi-Rundbrief Nr. 68, Juli 2019

Herausgeber: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V., Hans Escher, Weiherstr. 12, 35578 Wetzlar, [escher_hallwas\[at\]freenet.de](mailto:escher_hallwas@freenet.de); Dr. Theodor Rathgeber, 34132 Kassel. Spenden zur Deckung der Kosten sind sehr erwünscht. Spendenkonto der Adivasi-Koordination bei der Evangelischen Bank, IBAN DE 60 5206 0410 0004 0037 64 BIC GENODEF1EK1. Vertrieb: Einzelzustellung (per email) und Beilage in der Zeitschrift SÜDASIEN. Die Veröffentlichung des Rundbriefes in SÜDASIEN wird gefördert durch das Evangelische Missionswerk (EMW) Hamburg. Sämtliche Adivasi-Rundbriefe sind zugänglich unter www.adivasi-koordination.de